

UNSER



Oberschlesien

St. Annaberg/OS

Nr. 19 (1264) 14. November 2003

Die größte deutsche Zeitung in Oberschlesien

53. Jahrgang 2,60-Euro 3 z1 (wtym 7% VAT)

Themen dieser Ausgabe

- Bericht vom 1. Kulturfestival der Deutschen in Breslau.....2
- 8. Schlesien-Seminar in Groß Stein.....5
- Aus für die zweisprachigen Schilder in Lassowitz.....5
- Odniemczanie.....6
- Der Oberschlesier Carl Ulitzka.....7
- Die Deustchen in Rumänien.....8

HETZE GEGEN "UNSER OBERSCHLESILIEN"

HENRYK KROLL: Geheimdienste müssen „Unser Oberschlesien“ beobachten

Seit Ende September sieht sich unsere Zeitung schwerwiegenden Vorwürfen aus den Reihen der organisierten deutschen Minderheit in Oppeln ausgesetzt. Der deutsche Sejmabgeordnete Henryk Kroll sagte der „Nowa Trybuna Opolska“, daß er dem polnischen Verfassungsschutz ABW (Agencja Bezpieczentwa Wewnetrznego) „tatsächlich“ vorgeschlagen habe, „Unser Oberschlesien“ zu beobachten. Auch der deutsche Verfassungsschutz müsse die Zeitung beobachten und ihre Texte „analysieren“, forderte Kroll in der Warschauer Tageszeitung "Rzeczpospolita".

„Aus den Signalen, die ich erhalten habe“, so Kroll, der nach eigener Aussage unsere Zeitung gar nicht lesen mußte, gehe „eindeutig hervor, daß da aufhetzende Artikel gedruckt werden.“



Joachim Czernek nimmt auf Seite 2 mit einem Kommentar unter der Überschrift „Problem Kroll“ zur aktuellen Kampagne gegen „Unser Oberschlesien“ Stellung.

„Unser Oberschlesien“ verfolge eindeutig „rechtsextreme Tendenzen“. Die Zeitung „veröffentlicht an Neonazismus grenzende Artikel“ und torpediere die deutsch-polnischen Beziehungen, sagte der Abgeordnete, der zugleich Vorsitzender des Bezirksverbandes der „Sozialkulturellen Gesellschaft der Deutschen“ in Oppeln (SKGD) ist. Die Zeitung verbreite Lügen. Die Redaktion arbeite mit den Landsmannschaften zusammen und sei mit dem BdV „assoziiert“, heißt es in der „Gazeta Opolska“. Zudem zeige die Zeitung Sympathien für die oberschlesische Autonomiebewegung RAS. Das zweisprachige Blatt sei nach Ansicht Krolls so extrem und gefährlich, daß es verboten werden müsse, sollten die deutsch-polnischen

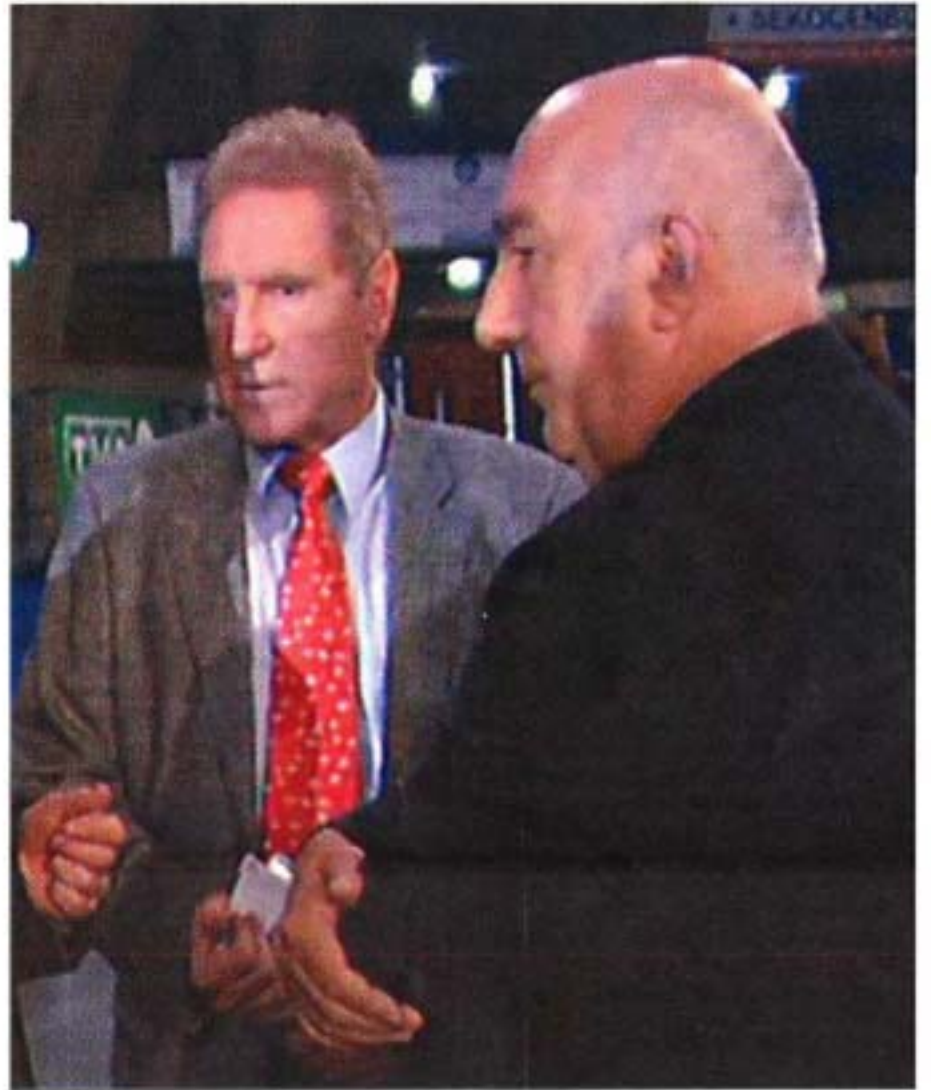
Beziehungen keinen dauerhaften Schaden nehmen.

Flankiert werden Krolls Vorwürfe in der "Rzeczpospolita" von Mariusz Klonowski, der angeblich den Deutsch-Polnischen Presseclub in Görlitz repräsentiere. Er zeigte Verständnis für Herrn Kroll. Der Inhaber von „Unser Oberschlesien“ und „Schlesien heute“, Alfred Theisen, sei ein „intelligenter Mann, der über die Jahre hinweg gelernt hat, unter dem Deckmantel des Schutzes der Menschenrechte einen klassischen Revisionismus zu propagieren“. Es könne doch kein Zufall sein, so Klonowski, daß angeblich auf „Listen“ von „antifaschistischen Organisationen“ Herr Theisen als Rechtsradikaler zu finden sei.

Die frühere Minderheitenbeauftragte des Opperler Woiwoden, die Opperler Soziologin Danuta Berlinska, die „seinerzeit“ „Unser Oberschlesien“ regelmäßig „gelesen“ habe, bezeichnete diese Zeitung in der „Rzeczpospolita“ als „nationalistisch“. Auch ihre Berichterstattung über die deutsch-polnischen Beziehungen erwecke bei ihr Zweifel. Die Zeitung zeige kein Verständnis für die traumatischen Erfahrungen der Polen unter deutscher Besatzung und für die Ängste der Bewohner in den ehemaligen deutschen Gebieten. In der „Gazeta Opolska“ meinte sie später, daß man „Unser Oberschlesien“ eine „Verbreitung von Lügenpropaganda nicht vorwerfen kann“. Die Zeitung schreibe „über Fakten, die stattgefunden haben“.

Offenbar vor dem Hintergrund der schweren Vorwürfe durch Henryk Kroll gegen „Unser Oberschlesien“ wurde während des 8. Schlesienseminars in Groß Stein dem Senfkorn-Verlag ein Hausverbot erteilt. Drei Tage vor dem ! Kulturfestival der deutschen Minderheit in Breslau teilten die Organisatoren der Zeitung schriftlich mit, daß ihr Erscheinen unerwünscht sei.

Aber nicht alle Deutschen in Oberschlesien teilen offenbar die Meinung des Opperler DFK-Vorsitzenden. Der ehemalige Opperler Bezirksabgeordnete Hubert Beier beschrieb in der „Nowa Trybuna Opolska“ das deutsch-oberschlesische Zweiwochenblatt als eine kritisch berichtende und völlig unabhängige Zeitung. Dies sei seiner Ansicht nach auch der eigentliche Grund für die „unredliche und aufwendige Medienkampagne“ von Kroll, so Beier. „Sie provoziert gerne zur Diskussion, aber sie berichtet objektiv über die schwierige Situation in Oberschlesien und in der Minderheit sowie über Themen, die in der Verbandspresse toteschwiegen werden.“ „Unser Oberschlesien“ hat niemanden zu fürchten und stellt gerade deshalb für Herrn Kroll und seine engsten Mitstreiter eine Gefährdung ihrer Position dar“, kommentiert der frühere Sejmabgeordnete Joachim Czernek die Anschuldigungen Krolls. Auch der Vorsitzende



Rudi Pawelka, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien und Henryk Kroll unlängst beim Kulturfestival der in Polen lebenden Deutschen in Breslau. Anschließend trafen sich die beiden zu einer weiteren ausführlichen Unterredung in Oppeln. Über die jüngste Nieder- und Oberschlesienfahrt von Pawelka berichten wir auf Seite 16.

der oberschlesien Autonomiebewegung RAS, Jerzy Gorzelik, widerspricht Krolls Amoklauf in den polnischen Medien.

In der derzeitigen Stimmungslage in Polen, in der durch die anhaltende heftige Debatte um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ und um die „Preußische Treuhandgesellschaft“ Ressentiments gegen Deutsche und Deutschland eine Renaissance erleben, fallen die böartigen Vorwürfe aus der Vorstandsetze des DFK auf fruchtbaren Boden. In den vergangenen drei Wochen nahmen die wichtigsten Zeitungen und Fernsehsender sich bereitwillig und kritiklos des Themas an und veröffentlichten Interviews mit Henryk Kroll. Das Gespräch mit den Beschuldigten suchte bislang nur der Fernsehsender TVN, der allerdings in dem ausgestrahlten Bericht auf die Meinung von „Unser Oberschlesien“ wenig wert legte.

Dabei nehmen die offenbar vom Opperler Minderheitenverband gestreuten Gerüchte gegen die Zeitung immer skurrilere Formen an. Ein Fernsehjournalist berichtete uns am 8. Oktober, ihm habe man aus dem Umfeld des Abgeordneten Kroll „gesteckt“, daß in Görlitz gegen den „Neonazi“ Theisen wegen „Verfassungsbruch“ strafrechtlich ermittelt werde. Ein Warschauer Zeitungsredakteur erkundigte sich bei der Stadtverwaltung in Görlitz, ob die „Information“ zutrefte, daß Alfred Theisen in der dortigen Synagoge ein „rechtsextremes Zentrum“ errichten wolle.

„Wir wußten seit längerer Zeit, daß der Führungskreis um Henryk Kroll etwas gegen uns plant. Aber die jetzigen unglaublichen Anschuldigungen stellen alles bisher Dagewesene in den Schatten“, sagt Alfred Theisen, der sich gleichzeitig auch noch mit Angriffen aus der Landsmannschaft Schlesien auseinandersetzen muß. Deren Bundesvorsitzender Rudi Pawelka kündigte in der jüngsten Ausgabe des Verbandsorgans "Schlesische Nachrichten" an, daß er sein Abonnement von „Schlesien heute“ gekündigt habe, weil „schon seit geraumer Zeit erkennbar war“, daß „wichtige Anliegen der Landsmannschaft“ von „Schlesien heute“ und „Unser Oberschlesien“ nicht mitgetragen würden. Bereits in einer ungewöhnlich langen Pressemitteilung vom 25. August machte Pawelka beiden Zeitungen eine zu polenfreundliche Berichterstattung zum Vorwurf.

MANFRED BUCHTA (UO)

Weitere Berichterstattung im Innenteil.

Unser Oberschlesien

Adresse in Deutschland

Brüderstraße 13,

02826 Görlitz/Schlesien

Tel. (03581)102021, Fax 402231

Adresse in Oberschlesien

ul. Klasztorna 4,

47-154 Göra Sw. Anny (St. Annaberg)

Tel. und Fax. (077)4615993

E-mail :senfkorn@proximedia.de

PROBLEM KROLL

von Joachim Czernek

Die Deutschen in Polen erinnern sich gut an die Zeiten kommunistischer Repressionen. Die lang erwarteten demokratischen Veränderungen brachten endlich die Freiheit. Der deutsch-polnische Vertrag über gute nachbarschaftliche Zusammenarbeit legte die Basis für den uneingeschränkten Gebrauch der Muttersprache für die in Polen lebenden Deutschen. Die deutschsprachige Presse in den von Deutschen bewohnten Gebieten wurde zu einer Selbstverständlichkeit und rief weder Ängste noch Bedenken hervor.

Informationen, daß diese Selbstverständlichkeit jemanden stört, muß daher Stauenhervorrufen. Es geht natürlich um die Zeitung „Unser Oberschlesien“, die in der allgemeinen Beurteilung objektiv und gründlich ihren Lesern Informationen liefert und in Oberschlesien immer bekannter wird.

Umso trauriger ist es daher, daß die Zeitung einer Person ein Dorn im Auge ist, die sich für den „Spitzenmann“ der Deutschen in Polen hält - und zwar Herrn Henryk Kroll. Die Zeitung stört ihn dermaßen, daß er sie beim Amt für Innere Sicherheit (ABW) denunziert hat. Er denunziert sie, weil ihm gesagt wurde, daß dort hetzende, an Neonazismus grenzende Artikel erschienen sind" (NTO, 2.10.03).

Also hat er selbst diese Artikel nicht gelesen - vermutlich hätte er auch Probleme ihren Inhalt zu verstehen, weil es in „Unser Oberschlesien“ keine Übersetzungen ins Polnische gibt. Aber, wie er selber zugibt, die Informationen reichen aus - ob sie nun wahr sind oder falsch -, um die Zeitschrift zu denunzieren. Man könnte vielleicht vermuten, daß er das aus Loyalität gegenüber dem polnischen Staat gemacht hat, weil „Unser Oberschlesien“ die innere Sicherheit gefährdet. Das glaube ich aber nicht, daß dies der wirkliche Grund für die Denunzierung ist.

Ich denke, daß der wirkliche Grund ein ganz anderer ist! Herr Kroll meint, daß „die Minderheit ihre eigene Zeitung hat und kein Sprachrohr von außen braucht, das in ihren Namen spricht“ (NTO 2.10.03). Das „Sprachrohr im Innern“ des Herrn Kroll und seiner postkommunistischen Umgebung, das „Schlesische Wochenblatt“, das von Mitteln von außerhalb finanziert wird, ist nicht mehr mit „Unser Oberschlesien“, die kein Cent Zuschuß bekommt, konkurrenzfähig. Das muß für den „Spitzenpolitiker“ und seine Umgebung sehr schmerzhaft sein, denn wenn die Zuwendungen aus Berlin und Warschau für das „Schlesische Wochenblatt“ wegfallen, bleibt die Frage offen, welche Zeitung das Bild des heldenhaften und unfehlbaren Spitzenmannes der Deutschen in Polen noch kreieren wird. Der nachlassende Verkauf des „Schlesischen Wochenblatts“ deutet daraufhin, daß die Zuwendungen bald ihr Ende haben werden. Die Leser haben nämlich gelernt, Wahrheit von Lügen zu unterscheiden.

Wiederholt wird offensichtlich, daß die von Herrn Kroll angewandten Methoden zur Bekämpfung jener Personen, die anderer Meinung sind als er, weit von den im demokratischen Staat geltenden Regeln abweichen. Meines Erachtens nach konzentriert Herr Kroll seine Energie ausschließlich darauf, seine politische Macht in der SKGD und in der Region zu erhalten, anstatt sich Handlungen zu widmen, die der Zukunft der Deutschen in Polen, besonders der jungen Generation dienen. Die von Herrn Kroll angewandten Mittel verstoßen oft gegen die rechtliche Ordnung im Staat, aber merkwürdigerweise entgeht das den zuständigen Behörden. Es ist ein striktes Zerstören der demokratischen Ordnung, die seit der politischen Wende mit viel Mühe aufgebaut worden ist - und meiner Meinung nach müßte das Amt für die Innere Sicherheit einmal dieser Sache nachgehen.



aus „Die Welt“

„Vertreibung eindeutig verurteilen“ Tschechen und Deutsche kritisieren politische Formelkompromisse

Mehr als hundert Tschechen und Deutsche haben sich in einer gemeinsamen Erklärung dafür ausgesprochen, die Vertreibung der Deutschen aus dem europäischen Osten nach dem Zweiten Weltkrieg „eindeutig und ohne Umschweife zu verurteilen“. Die Vertreibung habe schon damals „der europäischen Auffassung der Menschenrechte und den demokratischen Prinzipien“ widersprochen.

In der mehrheitlich von Tschechen unterzeichneten Erklärung wird vor einem „gefährlichen Riß im Fundament der europäischen Einheit“ gewarnt, falls es nicht gelinge, Einigkeit bei der Beurteilung der Vergangenheit herzustellen. Nur dann werde es auch möglich sein, über das vom Bund der Vertriebenen ins Leben gerufene Projekt eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin „wesentlich sachlicher und weniger hysterisch zu reden, als das bisher der Fall war“. Der tschechische Ministerpräsident Spidla hatte sich ebenso wie der deutsche Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer gegen ein solches Zentrum in Berlin ausgesprochen.

Initiiert wurde die Erklärung von den Prager Politologen Bohumil Dolezal (ehemals Chefberater des tschechischen Ministerpräsidenten Klaus) und Jiri Pehe (früher politischer Berater des Staatspräsidenten Havel). Zu den Unterzeichnern gehören der katholische Priester Tomas Halik, der als möglicher Nachfolger Havels im Gespräch war, der Senior der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder, Pavel Smetana, die Publizisten Petr Uhl und Petr Prihoda, der frühere tschechische Botschafter in Berlin, Frantisek Cerny, und der ehemalige Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Günter Reichert.

In der Erklärung mit dem Titel „Ohne Kritik der Vergangenheit gibt es keine Zukunft“ wird an das Bemühen Deutschlands erinnert, gemeinsam mit seinen Nachbarn im Osten „die Frage der Vertreibung der deutschen Bevölkerung abzuschließen“. Der gute Wille auf allen Seiten habe zu dem Kompromiß geführt, daß die beteiligten Staaten die Vertreibung zwar unterschiedlich beurteilten, sich aber einig seien, daß das begangene Unrecht der Vergangenheit angehöre und daß es die zukünftige Zusammenarbeit nicht belasten solle. Solche Formulierungen waren in der von den Regierungen in Berlin und Prag ausgehandelten deutsch-tschechischen Deklaration von 1997 verwandt worden.

Die Unterzeichner der jüngsten Erklärung sind der Ansicht, daß sich diese Lösung jedoch nicht bewährt habe. „Die nicht bewältigte Vergangenheit greift immer wieder in die Gegenwart ein.“ Im Streit um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ hätten die Meinungsverschiedenheiten über die Vergangenheit wieder internationale Dimension erlangt. Die gegen das Vorhaben protestierenden Politiker und Intellektuellen aus Deutschland und anderen Ländern seien sich einig, daß die Vertreibung der Deutschen die Folge der verbrecherischen Politik des nationalsozialistischen Deutschland gewesen sei. Dieser Standpunkt müsse jedoch ergänzt und berichtigt werden: „Die Tatsache, daß die Vertreibung der Deutschen durch den „Naziterror“ hervorgerufen wurde, erklärt sie, aber rechtfertigt sie nicht.“ Dolezal spricht in diesem Zusammenhang von einer „alibistischen These“. Es sei auch falsch, die Vertreibung nur vom heutigen Standpunkt aus als unannehmbar zu bezeichnen. (UO)

Unverantwortliche Hetze von Henryk Kroll

Zu den aktuellen Extremismusvorwürfen in polnischen Medien gegen die Zeitungen „Schlesien heute“ und „Unser Oberschlesien“ erklärt der Verleger Alfred Theisen:

Ich weise alle Rechtsextremismus Vorwürfe gegen unseren Verlag zurück! Diese verleumderische Kampagne ist gegenstandslos und wird auf ihren Urheber Henryk Kroll zurückfallen. Es handelt sich um den Versuch Henryk Krolls, unsere ihm unbequemen Zeitungen „Schlesien heute“ und „Unser Oberschlesien“ in Polen auszuschalten. Ohne Sensibilität nutzt er dafür in unverantwortlicher Weise Stimmungen in Polen, die sich im Zuge der Diskussion um das Zentrum gegen Vertreibungen gebildet haben.

Unser Verlag hat sich von Beginn an für die deutsch-polnische Verständigung und für einen EU-Beitritt Polens eingesetzt. Ein Schwerpunkt der Berichterstattung ist das Miteinander von Deutschen und Polen, insbesondere im heutigen Nieder- und Oberschlesien. So führt in Deutschland der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Rudi Pawelka, eine heftige Kampagne mit dem Vorwurf gegen uns, wir wollten uns Polen anbieten.

Der Name des Verlages ist Symbol: Unsere Berichterstattung orientiert sich an christlichen, freiheitlichen und europäischen Grundwerten. In den von uns verlegten Büchern und Zeitungen ist keine nationalstische und radikale Tendenz zu finden.

Ungarn zahlt Entschädigung

In Ungarn ist jetzt mit der Auszahlung der Entschädigung für Opfer von Gewalt Herrschaft begonnen worden. Wie das Finanzministerium im September mitteilte, erhält jeder anerkannte Opfer respektive dessen Nachkomme eine einmalige Summe von 400 000 Forini, umgerechnet 1500 Euro. Die einmalige Kompensationszahlung ergeht sowohl an Nachkommen von Holocaust-Opfern und Opfern der „Willkürjustiz und Despotie“ von Unrechtsregimen als auch an Überlebende. Zu diesem Personenkreis zählen insbesondere auch politische Häftlinge und Ungarn, die in der Sowjetunion Zwangsarbeit leisten mußten. Die Auszahlung folgt einem Grundsatzurteil des Ungarischen Verfassungsgerichtshofs vom Dezember 2000; es hatte die am 1. Januar 1999 in Kraft getretene gesetzliche Regelung für materiell unwirksam erklärt, wonach jedem anerkannten Opfer lediglich 30 000 Forint, umgerechnet 115 Euro, zugesprochen worden waren. (UO)

„Flüssig“ in ganzen Sätzen

Urteil zu Sprachkenntnissen
von Spätaussiedlern

Spätaussiedler müssen zu einem einigermaßen flüssigen Gespräch auf Deutsch in der Lage sein, um in der Bundesrepublik aufgenommen werden zu können. Bloß stockende Äußerungen reichen nicht aus. Das hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschieden. (Aktenzeichen: BVerw G5C33.03 und SC 1103).

Laut Bundesvertriebenengesetz darf ein Aufnahmebescheid nur erteilt werden, wenn der Betreffende zumindest ein einfaches Gespräch auf Deutsch führen kann. Was darunter zu verstehen ist, klärten, die Bundesrichter nun näher. Danach muß sich der Bewerber über einfache Sachverhalte aus dem familiären Bereich, über alltägliche Situationen oder die Berufstätigkeit äußern können. Sprachlich sei die Fähigkeit zu einem flüssigen, in ganzen Sätzen erfolgenden Austausch in Rede und Gegenrede erforderlich, urteilte der 5. Senat. (UO)

Der Papst will nicht mehr Reisen

Papst Johannes Paul H. will nach Angaben

der italienischen Tageszeitung „La Repubblica“ keine weiteren Auslandsreisen mehr. Der Korrespondent Marco Politi, berichtete, soll der Papst ihm nahe stehenden Personen gesagt haben: „Die Slowakei war meine letzte Auslandsreise.“ Eine Bestätigung dafür war aus dem Vatikan jedoch nicht zu erhalten. Schon im Vorjahr hatten Zeitungen unter Berufung auf informierte Kreise behauptet, der Papst werde nie wieder ins Ausland reisen. In diesem Jahr hat er jedoch gleich vier Staaten besucht, zuletzt vom 11. bis 14. September die Slowakei.

Die Reisen haben das Pontifikat Johannes Paul II. geprägt. 1,16 Millionen Kilometer hat der Papst bei 102 Reisen außerhalb Italiens zurückgelegt, das sind etwa 29 Erdumrundungen. Von den 194 Staaten der Erde hat er 129 besucht. Hinzu kommen noch 143 Ausflüge in Italien und 301 Pfarreibesuche in seinem Bistum Rom. (UO)

Zitat

Zu hohe Hürden?

„Die deutsche Minderheit sollte sich vor allem auf der Ebene der Basisarbeit, nicht unbedingt in der Welt der großen Politik, bzw. der deutsch-polnischen Beziehungen realisieren, weil sie hier nicht allzu viel beitragen kann. Das sind Bereiche, die, ehrlich gesagt, außerhalb ihrer Reichweite liegen.“

Erklärte in Opatowitz Herr Janusz Reiter, ehemaliger Botschafter der Republik Polen. Die oben erwähnte These stimmt nicht überein mit der optimistischen Annahme, dass eben die Opatowitzer deutsche Minderheit die beste Brücke zwischen Polen und Deutschen ist. aus: Gazeta Opolska vom 26.09.2003

GROßER ANSTURM IN BRESLAU

Schwieriges Umfeld beim 1. Kulturfestival der Deutschen in der Jahrhunderthalle

Am ersten Samstag in Oktober drängten rund 7.000 Gäste in die imposante Jahrhunderthalle in Breslau und machten das „1. Kulturfestival der Deutschen Minderheit“ zu einem großen Erfolg. Aus allen Teilen des Landes, aus Stettin und Allenstein, Posen und Teschen, kamen Deutsche, um an diesem Großereignis teilzunehmen, das durch den „Verband der deutschen Gesellschaften in Polen“ (VdG) organisiert worden war und unter der Schirmherrschaft des Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung, Jochen Welt, und dem polnischen Innenminister Krzysztof Janik stand.

Allein etwa 3.000 DFK-Mitglieder kamen aus dem Bezirk Opolen. Die deutschen Verbände übernahmen die Fahrtkosten, um so

einen möglichst großen Anreiz für die Teilnahme in Breslau zu schaffen. Die Organisatoren, die die Veranstaltung seit einem Jahr planten, rechneten auch nur mit 2.000 Teilnehmern. So wurde es eng in den Sitzreihen der Jahrhunderthalle und viele Besucher mußten stehen. Auch der schlesische Kuchen und andere schlesische Leckereien waren bei diesem großen Ansturm bald ausverkauft.

Der VdG verzichtete angesichts der durch die Debatte um das geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Polen aufgeheizten Stimmung auf politische Reden. Der VdG sagte bereits im Vorfeld des Kulturfestivals, daß keine Vertreter des Bundes der Vertriebenen (BdV) oder von Landsmannschaften eingeladen wurden. VdG-Präsident Friedrich Petrach gab allerdings in der „Gazeta Wyborcza“ zu verstehen, daß man nicht verhindern könne, sollten Mitglieder des BdV an der Veranstaltung teilnehmen. Bei der offiziellen Begrüßung nannte Petrach zwar Gäste aus Deutschland, wie beispielsweise den SPD-Bundestagsabgeordneten Markus Meckel, jedoch nicht den ebenfalls ange-reisten Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, Rudi Pawelka, dessen Teilnahme bei den Veranstaltern mit gemischten Gefühlen aufgenommen wur-



Auftritt des Proskauer Echo

Fotos: Stemplewski

tedienst mit den angereisten Deutschen feierte. In dem Kulturprogramm von fast fünf Stunden boten Kapellen, Tanz- und Singgruppen abwechselnd Ausschnitte ihres Könnens, und nachmittags, nachdem die Besucher so langsam „warm“ wurden, sang ein vieltausendstimmiger Chor die meisten Lieder mit. Wer der überstrapazierten Akustik und des dichten Programms überdrüssig wurde, besuchte die Stände der Schlesischen Landfrauen und der Handwerker, die schlesischen Volkstrachten und Verkaufstände mit überwiegend polnischsprachigen Büchern oder vertiefte sich in die Ausstellung über die schlesische Eisenbahngeschichte.

Als Krönung des Festivals galt die Abschlußgala mit den O-

ppelner Philharmonikern und den „Vereinigten Chören der oberschlesischen Sängergesellschaft“ unter der Leitung von Piotr Baron, der auch der „Deutschen Bildungsgesellschaft“ in Opolen vorsteht. Friedrich Petrach kündigte an, daß demnächst alle zwei Jahre das Kulturfestival stattfinden wird. Er hoffe aber, sagte der VdG-Präsident, daß sich bis dahin die deutsch-polnischen Beziehungen wieder geglättet hätten. Denn hätten die Organisatoren vorher gewußt, daß sich eine derartige Debatte um das Vertreibungszentrum entwickeln würde, wären die Vorbereitungen des Festes rechtzeitig abgeblasen worden.

FRANK DÖRMANN (UO)



Pater Gerhard Leisner und Friedrich Petrach

de, zumal Pawelka im Rampenlicht der polnischen Medien stand. Am Mittwoch vor dem Ereignis wurde aufgrund der Neonazi-Vorwürfe durch den Abgeordneten Henryk Kroll der St. Annaberger Senfkorn-Verlag, der seine beiden Zeitungen „Schlesien heute“ und „Unser Oberschlesien“ sowie deutschsprachige Schlesienliteratur an einem Verkaufsstand anbieten wollte, von den Veranstaltern schriftlich ausgeladen, obwohl in diesen Zeitungen intensiv für die Veranstaltung geworben worden war. Den 7.000 an deutscher Kultur interessierten Besuchern wurde ein reichhaltiges Programm geboten, nachdem morgens Kardinal Gulbinowicz im Breslauer Dom einen Got-

„Unser Oberschlesien“ soll ausgeschaltet werden

Schon seit geraumer Zeit ist uns bekannt, daß der Führungskreis um Henryk Kroll gegen „Unser Oberschlesien“ eine Kampagne plant. Wir wissen von uns Wohlgesonnenen in diesem Führungskreis, daß Herr Kroll und andere auf Bezirksvorstandssitzungen in teils herben Tonfall gegen unsere Zeitung zu Felde gezogen ist. Und wir wissen auch,

daß es Herrn Kroll und seinen Mitstreitern offenbar ein Problem bereitet, daß „Unser Oberschlesien“ eine höhere Auflage hat als das „Schlesische Wochenblatt“ was auf einer Bezirksvorstandssitzung mitgeteilt worden war.

Daß wir seit längerer Zeit ein strapaziertes und kritisches Verhältnis zur Führungsriege

um Henryk Kroll haben, ist allen bekannt. Wie kann man uns dies übel nehmen, wenn selbst der engste Kreis um Kroll untereinander von kritischen Verhältnissen geprägt wird? Dieses Mißtrauen ist auch nicht durch Böswilligkeit unsererseits entstanden, sondern beruht einerseits auf Erfahrungen, die wir zu unserem Schrecken in unseren Anfangsjahren machen mußten, und andererseits auf verbandsinternen Zuständen, die nicht nur wir öffentlich anprangerten, sondern auch polnische Zeitungen.

Wir forderten vor der letzten Bezirkswahlverammlung im April auf unserer Titelseite einen Neubeginn für den Verband, da es für den Opolener DFK - wie es im Bezirksvorstand von einem Abgeordneten formuliert worden war - „fünf vor zwölf“ sei. Wir haben kritisch zu vielen Fragen berichtet und ganz konkret die Probleme, die es heute in der organisierten deutschen Minderheit gibt, angesprochen. Wir haben auch aufgezeigt, was besser werden muß, will man retten, was noch zu retten ist. Daß dies bei einigen, die seit über einem Jahrzehnt an ihren Posten und Pöstchen in den verschiedensten deutschen Organisationen festhalten wollen, auf wenig Gegenliebe stößt und wir uns den billigen Vorwurf der Nestbeschmutzung vorhalten lassen müssen, war auch für uns von Anfang an klar. Aber „Unser Oberschlesien“ ist eine unabhängige und deutsch-oberschlesische Zeitung, die objektiv, aber unter Wahrung der notwendigen kritischen Distanz berichtet. Und darauf legen wir größten Wert! Wir sehen „Unser Oberschlesien“ als deutschsprachige Plattform für Oberschlesien. Deshalb beschäftigen wir uns auch mit Themen und veröffentlichten kritische Gastbeiträge, die führende Minderheitenvertreter lieber unter den Teppich gekehrt wissen möchten.

Seit längerer Zeit versucht der Bezirksverband in Opolen, „Unser Oberschlesien“ Steine in den Weg zu legen. In Versammlungen der DFK-Ortsvereine wurden die Mitglieder gegen unsere Zeitung aufgehetzt und zum Boykott aufgerufen. Offensichtlich auf

Druck der Gogoliner DFK-Führung beendeten manche jungen oberschlesischen Journalisten die Zusammenarbeit. Wiederholt informierten uns Anzeigenkunden über Anrufe, in denen in übler Nachrede die Arbeit unseres Verlages diffamiert und z. B. Zweifel an der wachsenden Auflage von „Unser Oberschlesien“ gestreut wurden. Aber die jetzigen unglaublichen Anschuldigungen, die der Abgeordnete Kroll in die Welt setzt, stellen alles bisher Dagewesene in den Schatten!

Es ist nicht nur für uns unfassbar, daß einer der bekanntesten Repräsentanten des DFK die derzeitige Stimmung in Polen auszunutzen versucht, um unliebsame Kritiker auszuschalten. Der „politische Führer“ aus Krapitz mißbraucht die durch die Diskussion um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ entstandenen Befürchtungen und Ängste in Polen, um im eigenen Interesse eine billige Kampagne gegen „Unser Oberschlesien“ zu führen, die er als autoritärer Verbandspolitiker nicht kontrollieren kann. Stichworte wie Rechtsradikalismus, Neonazismus, Verfassungsschutz, Vertriebenenverbände und deutsch-polnische Beziehungen weiß der Abgeordnete Kroll in seinen Zeitungs- und Fernsehinterviews geschickt zu verwenden, um die aufgeheizten Emotionen in Polen für sich zu nutzen und die polnischen Medien gegen uns aufzubringen. Diese Art und Weise seiner Politik verdeutlicht das intellektuelle Unvermögen, sich mit Kritikern sachbezogen auseinanderzusetzen!

Gerade in der aktuellen Situation, in der persönliche Interessen hintenanstehen sollten, läßt Herr Kroll es an der notwendigen Sensibilität vermissen und versucht sich in den Medien als gnadenloser Machtpolitiker auszutoben. In Deutschland und auch in Polen wird diese Affäre das Erscheinungsbild des Abgeordneten Henryk Kroll und seinen Mitstreitern nachhaltig prägen. Offenbar ist sich Herr Kroll nicht bewußt, daß er dem Ansehen der deutschen Minderheit in Polen den größten Schaden zugefügt hat.

JOACHIM STEBEL (UO)

KROLL-AFFÄRE: Ein weites Feld...

Halbwahrheiten, Unwahrheiten - Damit können Kampagnen in den Medien erfolgreich geführt und gesteuert werden. Vor allem dann, wenn die Medien sich auch auf das „falsche Spiel“ bereitwillig einlassen und kritiklos Halb Wahrheit und Unwahrheiten übernehmen und daraus dann „wahre“ und sensationelle Berichte machen.

- 1) Der polnische Verfassungsschutz ABW hat dementiert, daß Henryk Kroll - wie er in der „Nowa Trybuna Opolska“ v. 2. Oktober behauptet hat - „Unser Oberschlesien“ angezeigt oder eine Überprüfung vorgeschlagen habe.
- 2) Der im Aufsatz in der „Rzeczpospolita“ v. 30. September als Vertreter des Deutsch-Polnischen Presseclubs in Görlitz zitierte Mariusz Klonowski ist Herr Alfred Theisen und anderen Mitarbeitern des Senfkorn-Verlages unbekannt. Richtig ist vielmehr: Der Deutsch-Polnische Presseclub in Görlitz hatte vor geraumer Zeit einen durch Herrn Klonowski gestellten Mitgliedsantrag abgelehnt. Herr Klonowski ist kein Mitglied des Presseclubs und auch kein Journalist.
- 3) „Rzeczpospolita“ zitiert Mariusz Klonowski wie folgt: „Es ist doch kein Zufall, daß auf den Internetseiten der deutschen antifaschistischen Organisationen sein Name gemeint wird Alfred Theisen] auf der Liste der Rechtsradikalen zu finden ist.“ Es ist richtig, daß die „Antifa“ eine solche Liste erstellt hatte und Alfred Theisen dort genannt wurde. Bei der „Antifa“ handelt es sich aber um eine Organisation, die von den Verfassungsschutzämtern der deutschen Bundesländer als linksextremistisch und damit als staatsgefährdend eingestuft und mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachtet wird. Auf dieser Liste ist eine Anzahl von Personen aufgeführt, die keine Rechtsradikale sind, sondern - wie Herr Theisen - der CDU oder CSU nahestehen und - im Falle Herrn Theisens - darüber hinaus sich für Schlesien engagieren.
- 4) Die „Rzeczpospolita“ schreibt: „Leider, trotz vielfacher Versuche, konnten wir den Eigentümer der Zeitung nicht kontaktieren. Unser Chef ist ständig irgendwo zwischen Görlitz und Opolen. Sogar wir wissen nicht, wann er in Polen ist. Er hat nichts gegen die polnische Presse und wenn er Zeit findet, wird er sie ansprechen, kriegten wir in der Redaktion von UO zu hören.“ Diese Darstellung ist unwahr! Marek Szczepanik, der Autor des Aufsatzes, hat uns zu diesem Thema zu keiner Zeit kontaktiert.

(UO)